

Beschlüsse des 37. Landesparteitages der Berliner CDU

01. Juni 2013
Estrel Convention Center

Mehr Sicherheit auf den Bahnhöfen und in den Zügen der Berliner S-Bahn

Die CDU Berlin fordert, die Sicherheit auf den Bahnhöfen und in den Zügen der Berliner S-Bahn zu erhöhen. Voraussetzung dafür ist die künftige flächendeckende Ausstattung der Bahnhöfe und Züge im Berliner S-Bahnnetz mit entsprechenden Kameras zur Videoaufzeichnung. Zukünftige Ausschreibungen von Verkehrsverträgen müssen diese Verpflichtung beinhalten. Die Nachrüstung von Videokameras in den vorhandenen Fahrzeugen der Berliner S-Bahn hat in einer angemessenen Frist zu erfolgen.

Im Hinblick auf eine kurz- bis mittelfristige Ausstattung aller Berliner S-Bahnhöfe mit einer entsprechenden Videotechnik sollte das Land Berlin einen finanziellen Beitrag leisten. Dabei sind nicht zuletzt auch die, aufgrund von Schlecht- oder nicht erbrachten Leistungen der S-Bahn Berlin GmbH im Rahmen des gültigen Verkehrsvertrages, einbehaltenen Mittel zu verwenden.

Ein weiterer Baustein zur Erhöhung der objektiven Sicherheit und dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Fahrgäste ist die stärkere personelle Präsenz von Sicherheits- und Aufsichtspersonal in den Zügen und auf den Bahnhöfen der Berliner S-Bahn. Die Berliner CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass entsprechende Personalabbaupläne in diesem Bereich korrigiert werden. Außerdem appelliert die CDU Berlin an die Verantwortlichen in den zuständigen Bereichen der Deutschen Bahn AG, für mehr Sauberkeit und Ordnung in den Zügen sowie auf den Bahnhöfen zu sorgen, um damit zu einem gesteigerten subjektiven Sicherheitsempfinden der Fahrgäste beizutragen.

Darüber hinaus fordert die Berliner CDU auch gegenüber dem Bund als Eigentümer des Mutterkonzerns der S-Bahn Berlin GmbH eine stärkere Verantwortung zur Verbesserung der Sicherheit auf den Bahnhöfen und in den Zügen der Berliner S-Bahn ein. Dabei unterstützt die Berliner CDU die Initiative des Bundesverkehrsministers, der bereits finanzielle Mittel zur Unterstützung der bisherigen technischen Einrichtungen der Bundespolizei zur Verfügung gestellt hat, ausdrücklich und setzt sich für eine Verstetigung dieses Engagements ein.

Weiterbau der A 100 vollenden – 17. Bauabschnitt planungsrechtlich absichern!

Die CDU Berlin spricht sich dafür aus, die Stadtautobahn A 100 über den jetzt begonnenen Bauabschnitt 16 fortzusetzen und bereits frühzeitig planerische und finanzielle

Voraussetzungen für die Realisierung des 17. Bauabschnitts (Treptower Park – Frankfurter Allee) zu schaffen.

Die CDU Berlin fordert daher die verantwortlichen Stellen im Berliner Senat auf, unverzüglich mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Verhandlungen aufzunehmen, um schnellstmöglich die planerischen Grundlagen und die Finanzierung des Projektes festzulegen.

Provokationen künftig verhindern - militaristische Symbole der SED-Diktatur verbieten

Die CDU Berlin fordert die CDU Deutschlands auf, sich in der Koalition dafür einzusetzen eine Gesetzesinitiative zu starten, die ein Verbot der Verbreitung und Verwendung von militaristischen Symbolen, die in besonderer Weise für das SED-Unrechtsregime stehen, zum Ziel hat.

Erhalt des Olympiaschwimmstadions

Die CDU fordert den Senat von Berlin auf, das Olympiaschwimmstadion dauerhaft in seiner Nutzung zu erhalten und die Finanzierung einer dafür notwendigen Sanierung sicherzustellen. Dabei ist Barrierefreiheit zu berücksichtigen.“

Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die EVP-Fraktion werden gebeten zu prüfen, wie die missbräuchliche Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme verhindert werden kann.

Finanzierung von Religions- und Weltanschauungsunterricht

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, mit den Kirchen und den anderen Trägern des Religions- und Weltanschauungsunterrichts in Gespräche über den staatlichen Finanzierungsanteil dieses Unterrichts einzutreten. Ziel der Gespräche soll es sein, den staatlichen Finanzierungsanteil der allgemeinen Personalkostenentwicklung anzupassen und für die Zukunft zu dynamisieren.

Tunnellösung für die Dresdner Bahn jetzt vorantreiben

Der Landesparteitag der CDU Berlin fordert den Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit auf, umgehend konkrete Vereinbarungen mit dem Bund und der Deutschen Bahn AG über die Finanzierung der Mehrkosten für eine Tunnelführung der Dresdner Bahn durch Lichtenrade zu treffen und damit die entsprechende Festlegung im Koalitionsvertrag von SPD und CDU umzusetzen.

Sportmetropole Berlin stärken!

Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, dass der Berliner Sport stärker finanziell unterstützt wird. Deshalb soll ab dem Jahr 2014 ein Solidarpakt Sport eingeführt werden, um die Förderung des Sports unabhängig von den rückläufigen Einnahmen aus den Lottomitteln zu gestalten und somit eine für alle Zuwendungsempfänger notwendige Planungssicherheit und Verlässlichkeit zu erreichen.

Des Weiteren gilt es, Erfolgsprojekte wie das Vereinsinvestitionsprogramm und das Schul- und Sportanlagen-sanierungsprogramm in der bisherigen Höhe fortzusetzen.

Zudem spricht sich die Berliner CDU ausdrücklich für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft aus. Dazu gehört, dass die auf Bundesebene beschlossenen Änderungen im Rahmen des Ehrenamtsstärkungsgesetzes in Berlin auch tatsächlich zur Anwendung kommen.

Honorarkräfte an den Musik- und Volkshochschulen sind unverzichtbar - Honorarverträge verbessern!

Der Landesparteitag der CDU Berlin fordert den Senat auf, den schwelenden Konflikt mit den Honorarkräften in den Musik- und Volkshochschulen Berlins durch geeignete und vor allem rechtssichere, beständige Maßnahmen zu lösen.

Wir erkennen an, dass eine Notwendigkeit der Honorarvertragsanpassungen bestanden hat. Jahrzehntlang wurden keine Maßnahmen getroffen, um das Honorar der betroffenen Kräfte schrittweise zu verbessern.

Wir fordern, dass die auch im Vergleich zu anderen Bundesländern zu geringe Anzahl von festangestellten Musikschullehrern nunmehr spürbar erhöht wird. Hierzu soll der Senat bis zum Jahr 2016 den Anteil der festangestellten Musikschullehrer zusätzlich zum Personalentwicklungskonzept möglichst auf 20% steigern, ohne dabei den Versorgungsgrad zu gefährden.

Die CDU Berlin begrüßt die Entscheidung der Großen Koalition aus SPD und CDU, die Honoraranpassungen für die Honorarkräfte an Volkshochschulen und Musikschulen in Höhe von ca. 435.000 Euro im Jahr 2012 und ca. 1,3 Millionen Euro im Jahr 2013 aus dem

Landeshaushalt zu finanzieren. Dadurch konnte den Musikschullehrern bereits zum 1. August 2012 eine Honorarerhöhung von 4,65 Prozent gewährt werden. Eine weitere Erhöhung in Höhe von 2,65 Prozent wird zum 1. August 2013 erfolgen.

Unser Ziel ist es weiterhin, auch die Honorarkräfte für ihre gute Arbeit angemessen zu entlohnen und die Musikschulen strukturell zu stärken. Gleichzeitig ist dafür Sorge zu tragen, dass die Kurse an den Musikschulen bezahlbar bleiben. Dementsprechend sind die zuständigen Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Wissenschaft sowie Finanzen in der Verantwortung, mit der Einbringung des Haushaltsentwurfes eine tragfähige Lösung vorzuschlagen.

Bessere Bildung für Berlin – es bleibt viel zu tun!

I. Einleitung und Problemstellung

Seit etwa anderthalb Jahren ist die CDU wieder an der Regierung Berlins beteiligt. Vieles konnte seither zum Wohle unserer Stadt erreicht werden. Im Bereich Bildung, der im Senat vom Koalitionspartner SPD verantwortet wird, steht jedoch noch die Erfüllung vieler unserer im Wahlkampf angestrebten Ziele aus.

Die Mitglieder der CDU in Senat und Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass insbesondere die folgenden Punkte endlich angegangen werden.

II. Unterrichtsausfall

Der Unterrichtsausfall ist seit Beginn der Legislaturperiode gestiegen. Die Wiedereingliederungsmaßnahmen für dauerkranke Lehrer zeigen bisher kaum Wirkung. Der Unterrichtsausfall muss deshalb mit einer Sofortmaßnahme durch die Besetzung offener Stellen und die Einstellung zusätzlicher Lehrer als Reserve für die dauerhaft kranken Lehrer umgehend eingedämmt werden. Solange die anderen Bundesländer nicht bereit sind, die Verbeamtung von Lehrern aufzugeben, muss auch Berlin, wie zuletzt auch vom Landesvorstand der Berliner CDU beschlossen, dringend wieder zur Verbeamtung zurückkehren.

III. Überlastung der Schüler

Mit der Entschlackung des Unterrichtsstoffes ist Berlin bisher nicht gut vorangekommen. Die Lehrpläne müssen deshalb im Einvernehmen mit den Schulen umgehend auf Anpassungsbedarf überprüft und nachhaltig reduziert werden. Die Anpassung darf keine neue Unruhe in Schulen bringen, sondern muss sorgfältig vorbereitet werden. Auch muss Berlin angesichts der Tendenz zur bundesweiten Angleichung von Bildungsstandards mit dieser Zielrichtung auch auf die Rahmenpläne bundesweit Einfluss nehmen.

IV. Schülerlotterie

Der Weg Berlins, Plätze an Schulen teilweise per Lotterie zu vergeben, ist ein bundesweit einmaliges Verfahren - und ein Irrweg. Selbst SPD-Bildungspolitiker in anderen Bundesländern sehen dies ein. Das Verlosen von Schulplätzen muss sofort beendet

werden. Die Auswahl sollte durch die Schule selbst erfolgen und in einem transparenten und rechtssicheren Verfahren stattfinden. Kriterien sollten sein: persönliche Gespräche, außerschulische Qualifikationen, Tests sowie der Interessenschwerpunkt der Schule.

V. Stärkung der Gymnasien

- Die Gymnasien müssen erhalten bleiben.
- Sie sind besser auszustatten.
- Auf die gesonderte Ausbildung der Gymnasiallehrer ist zu achten.

VI. Sprachdefizite bei der Einschulung

Mangelhafte Deutschkenntnisse stellen für viele Schülerinnen und Schüler noch immer ein großes Problem dar. Die bisher getroffenen bzw. vorbereiteten Schritte zur Verhängung von Bußgeldern bei Nicht-Antritt zum Pflichtsprachtest der Schulanfänger reichen bei Weitem nicht aus!

Die außerfamiliäre Spracherziehung beginnt in den Kitas. Diese sind jedoch noch immer schlecht ausgestattet. Die Erzieherinnen und Erzieher sind oft nicht ausreichend für die Sprachausbildung qualifiziert. Die Sprachlerntagebücher müssen verbindlich an die Grundschulen weitergegeben werden. Hier muss dringend auf eine Verbesserung der Verzahnung von Kita und Schule hingewirkt werden!

Beamtenbesoldung an das Niveau der anderen Bundesländer anpassen!

Der Landesparteitag der Berliner CDU bekräftigt den Beschluss der Abgeordnetenhausfraktion der Berliner CDU zur Angleichung des Besoldungsniveaus der Berliner Beamtinnen und Beamten an den Durchschnitt der Bundesländer. Hierzu wird die Beamtenbesoldung ab dem Jahr 2014 jährlich um die jeweilige Erhöhung der TdL-Tarifabschlüsse plus 0,5 Prozent – mindestens jedoch um 2 Prozent – angehoben. Dies gilt bis zum Erreichen der Angleichung. Nach dieser Formel ergibt sich für das Jahr 2014 eine Erhöhung der Beamtenbesoldung um 3,45 Prozent.

Schwarzarbeit im Taxigewerbe bekämpfen

Die CDU Berlin fordert, die zügige Einführung des sog. Fiskaltaxameters im Berliner Taxigewerbe, um Schwarzarbeit zu bekämpfen und die vielen ehrlichen Berliner Taxifahrer zu unterstützen. Dafür ist eine Einführungsprämie/Zuschuss im Berliner Haushalt 2014/2015 vorzusehen.